Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3326

17. 11. 88

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Vennegerts, Dr. Lippelt (Hannover), Schily und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 05
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts
— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3205, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 05 01 – Auswärtiges Amt – wird der Ansatz bei Titel 422 01 – Bezüge der planmäßigen Beamten – um 670 000 DM erhöht.

Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt:

‚1. Einrichtung einer Abteilung für Menschenrechtsfragen im Auswärtigen Amt mit entsprechenden Personalstellen und Sachmitteln: 450 000 DM

2. Ergänzung aller Stellenbeschreibungen in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes um die Funktion „Menschenrechtsfragen". Ergänzung der Stellenbeschreibungen sämtlicher Unterabteilungsleiter/innen des Amtes sowie sämtlicher Leiter/innen der Auslandsvertretungen um die Funktion „Koordination für Menschenrechtsfragen" und die entsprechende Ausstattung mit Sachmitteln: 150 000 DM

3. Aufnahme eines ständigen und besonders ausgewiesenen Faches „Menschenrechtsfragen" in die Aus- und Fortbildung des Auswärtigen Dienstes: 70 000 DM'.

Bonn, den 17. November 1988

Schily
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Für die Menschenrechte einzutreten ist ein Verfassungsauftrag des Auswärtigen Dienstes. Es sollte daher nicht von den privaten

Überzeugungen einzelner Beamten/Beamtinnen abhängen, inwieweit dieses Verfassungsziel im Auswärtigen Dienst verwirklicht wird. Erforderlich sind klare politische Vorgaben, die dem/der einzelnen auch in Konfliktsituationen den professionellen Rückhalt der gesamten Amtsleitung garantieren.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333